

## Dokumentation

### WEISUNGEN DER FRANZÖSISCHEN MILITÄRREGIERUNG 1946–1949

Der Zugang zu den Akten, die Aufschluß über die französische Besatzungs- und Deutschlandpolitik nach 1945 geben, ist dem Historiker nahezu gänzlich versperrt. Bisherige Deutungsversuche – zum Beispiel die Arbeiten von Willis, Korff oder der Abschnitt über die französische Zone bei Schwarz<sup>1</sup> – konnten sich daher nur auf wenige Dokumente, Mitteilungen in Memoiren und Zeitungen sowie auf die Veröffentlichungen im Journal Officiel, dem Amtsblatt der zonalen Militärregierung in Baden-Baden, stützen. Im Rahmen einer Darstellung über die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg<sup>2</sup> hatte der Verfasser jetzt erstmals Gelegenheit, auch Einblick in Aktenbestände zu nehmen, die die französische Besatzungspolitik in der französischen Zone betreffen. Es sind vorwiegend Materialien der Staatskanzlei des früheren Landes Württemberg-Hohenzollern, das auf Befehl der Franzosen gebildet worden war und bis zur Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg im Jahre 1952 bestand. Erfreulicherweise hat das Staatsministerium Baden-Württemberg keine Einwendungen gegen die Veröffentlichung einiger grundsätzlicher Aktenstücke aus diesen Beständen erhoben.

Ausschlaggebend für die Wahl der nachstehend abgedruckten Aktenstücke war, daß sie selbst in dieser geringen Zahl die Möglichkeit eröffnen, Tendenzen und Intentionen französischer Besatzungs- und Deutschlandpolitik sichtbar zu machen. Es handelt sich bei ihnen um nicht veröffentlichte französische Ausführungsbestimmungen zu den im Journal Officiel verkündeten grundlegenden Verordnungen über die Kompetenzen der deutschen Regierungen für die Jahre 1946 bis 1948. Ihre Besonderheit und Bedeutung rühren von der französischen Taktik her, den Deutschen in den Verordnungen und Erklärungen des französischen Oberbefehlshabers zwar fast globale Zuständigkeiten zu übertragen, diese jedoch durch Ausführungsbestimmungen wieder weitgehend einzuschränken. Hierauf wird insbesondere in Zusammenhang mit Dokument Nr. 2 einzugehen sein. Zugleich läßt sich anhand dieser Aktenstücke erkennen, unter welchen Bedingungen sich der stufenweise staatliche Wiederaufbau und der Prozeß der Redemokratisierung in der französischen Zone vollzogen.

Dokument Nr. 1 stammt vom 9. Dezember 1946 und schloß in Verbindung mit einer Erklärung des französischen Oberbefehlshabers, General Koenig, vom 4. De-

<sup>1</sup> F. Roy Willis, *The French in Germany 1945–1949*, (Stanford Studies in History, Economics, and Political Science 23) Stanford 1962; Adalbert Korff, *Le revirement de la politique française à l'égard de l'Allemagne entre 1945 et 1950*, Diss. Ambilly-Annemasse 1965; Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, Neuwied und Berlin 1966.

<sup>2</sup> Eberhard Konstanzer, *Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg*, Stuttgart 1969.

zember 1946<sup>3</sup> das erste Kapitel französischer Besatzungspolitik ab. Mit ihm wurde nämlich den regionalen deutschen Verwaltungen der französischen Zone – abgesehen von der Saar – erstmals das Recht übertragen, Bestimmungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Darüber hinaus erhielten die deutschen Verwaltungen den Status einer provisorischen Regierung. Um diese Cäsur zu verdeutlichen, wird anhand der Entwicklung in Württemberg-Hohenzollern kurz die Vorgeschichte gestreift. Auf die Vorgänge in Süd-Baden oder Rheinland-Pfalz einzugehen, ist beim gegenwärtigen Stand der Forschung nicht möglich. Auch wären die unterschiedlichen Bezeichnungen der einzelnen Verwaltungen geeignet, Verwirrung zu stiften. Man kann jedoch davon ausgehen, daß die Franzosen in solch grundlegenden Fragen einheitliche Regelungen trafen.

Vorab ist festzuhalten, daß Frankreich von Beginn der Besetzung an seine Zone nicht nur als produktives Pfand im wirtschaftlichen Sinne ansah. Es benutzte die ihm dort zugefallene Souveränität in Verbindung mit seinem Vetorecht im Kontrollrat auch dazu, um seine Vorstellungen über die künftige Gestalt Deutschlands bei seinen Alliierten durchzusetzen. So wurden für die Jahre 1945 bis 1949 die Erhaltung und Bewahrung dieser Souveränität zu einem bestimmenden Faktor der französischen Deutschlandpolitik, zumal die seit 1945 wachsenden interalliierten Divergenzen Frankreich in seiner Haltung bestärken mußten. Rückwirkungen auf den staatlichen Aufbau in der französischen Zone blieben nicht aus; denn Frankreich konnte andererseits wiederum nur solange uneingeschränkt über sein Besatzungsgebiet verfügen, wie es auch den deutschen Stellen ein Mitspracherecht in allen entscheidenden Lebensfragen versagte. Diese doppelte Perspektive darf man bei der Betrachtung der Dokumente nie aus den Augen verlieren.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen unterließ es die Besatzungsmacht, den deutschen Zuständigkeitsbereich zu definieren, als sie unter dem Namen „Staatssekretariat“ am 16. Oktober 1945 eine Verhandlung für Südwürttemberg und Hohenzollern in Tübingen einrichtete<sup>4</sup>. Sie begnügte sich für den Anfang damit, jeweils durch detaillierte Anordnungen die weisungsgebundene deutsche Verwaltung in Tätigkeit zu setzen. Als Instrument dieser Politik dienten ihr die laufenden Besprechungen zwischen den deutschen und französischen Dienststellenleitern. Auf diesem Wege gelang es der Besatzungsmacht auch, ihre direkte Einflußnahme vor der Öffentlichkeit zu verbergen; denn sämtliche Anordnungen und Anweisungen hatten als Maßnahmen der deutschen Verwaltung in Erscheinung zu treten. Es war den Angehörigen der deutschen Behörden sogar verboten, gesprächsweise auf dienstliche Äußerungen von Mitgliedern der Militärregierung einzugehen.

In der Praxis führte die Haltung der Besatzungsmacht dazu, daß sich zum Beispiel das Staatssekretariat von Württemberg-Hohenzollern bis Ende 1946 selbst

<sup>3</sup> Erklärung von General Koenig vom 4. 12. 1946, Amtsblatt des Staatssekretariats Württemberg-Hohenzollern 1946, S. 255; General Koenig war französischer Oberbefehlshaber von 1945 bis 1949.

<sup>4</sup> Vgl. Konstanzer, a. a. O., S. 29 ff.

das Recht zum Erlaß von Bestimmungen mit Gesetzeskraft zuschrieb, obwohl von seiten der Besatzungsmacht keinerlei Ermächtigung vorlag. Die Militärregierung duldete diese Kompetenzpräsumtion stillschweigend, unterwarf jedoch alle „deutschen“ Maßnahmen einem Zustimmungsvorbehalt, der auch dann wirksam wurde, wenn ein Erlaß oder eine sogenannte Rechtsanordnung auf ihren Befehl zurückgingen. Immerhin erwarb sich das Staatssekretariat auf diese Weise schon nach kurzer Zeit ein Initiativrecht für gesetzliche Maßnahmen, blieb allerdings trotzdem bis weit in das Jahr 1947 hinein nicht mehr als die Exekutive französischer Dienststellen.

Im gleichen Zeitraum leitete die Besatzungsmacht – wenn auch sehr zögernd – mit der Zulassung von Gewerkschaften und Parteien im regionalen Bereich den Prozeß der Redemokratisierung ein. Die nächste Stufe bildete die Wahl der Gemeinde- und Kreisräte am 15. September und 13. Oktober 1946. Es folgten am 17. November 1946 die Wahlen zu einer Beratenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern. Letztere erhielt von der Besatzungsmacht den Auftrag, eine Verfassung auszuarbeiten. Da sie auch beratende Funktion gegenüber dem Staatssekretariat haben sollte, griffen die Franzosen zu einer neuen Sprachregelung. In der Verordnung Nr. 66 des französischen Oberbefehlshabers über die Bildung der Beratenden Landesversammlung vom 8. Oktober 1946 tauchte anstelle der bisherigen Bezeichnung „Administration Allemande“ plötzlich der Begriff „Gouvernement Provisoire“ auf<sup>5</sup>. Eine Verordnung über die vorläufige Regierungsgewalt, die sich zur Definition des Kompetenzbereichs der zur Regierung gewandelten Verwaltung angeboten hätte, erging indessen nicht. General Koenig ermächtigte in der bereits genannten Erklärung vom 4. Dezember 1946 die deutschen Regierungen lediglich, Bestimmungen mit Gesetzeskraft zu erlassen.

Auch in den Ausführungsbestimmungen vom 9. Dezember 1946 (Dokument Nr. 1), die den Inhalt der Erklärung vom 4. Dezember präzisierten, sucht man vergeblich nach einer Abgrenzung der deutschen Kompetenzen. Es ist hier nur die Rede von den „pouvoirs“ der deutschen Regierungen und neuen gesetzgeberischen Aufgaben von kapitaler Bedeutung, worunter man wohl die Verfassung zu verstehen hat. Die Richtlinien für die Ausübung der global übertragenen Gewalt lassen allerdings erkennen, daß die Besatzungsmacht zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht an einer Ausweitung der deutschen Eigenverantwortlichkeit interessiert war, sondern vielmehr die seit 1945 bestehende Regelung beibehalten wollte. Wie wäre es sonst zu verstehen, daß sich die deutsche Gesetzgebung nicht nur nach dem Wortlaut und Geist sämtlicher alliierter Vorschriften zu richten hatte, sondern auch der jeweiligen Politik der Besatzungsmacht entsprechen sollte. Diese Vorschriften machen zugleich deutlich, daß die Gesetzgebungshoheit der Besatzungsmacht auf allen Gebieten erhalten blieb und die Gesetze und Rechtsbestimmungen der Be-

<sup>5</sup> Verordnung Nr. 66 über die Bildung einer Beratenden Versammlung für Württemberg vom 8. 10. 1946 Journal Officiel S. 339. Vgl. dazu im Einzelnen Konstanzer, a. a. O., S. 52ff. Unter der Bezeichnung „Verordnung“ = „Ordonnance“ durften ausschließlich die vom Oberbefehlshaber ausgefertigten grundlegenden Gesetze erscheinen.

satzungsmacht in jedem Falle Vorrang hatten. Die Möglichkeit konkurrierender Gesetzgebung war ebenfalls nicht gegeben, da es die regionalen Militärregierungen jederzeit in der Hand hatten, unerwünschte deutsche Vorlagen durch ihr Veto zu verhindern. Trotz aller dieser Einschränkungen muß man Dokument Nr. 1 und die Erklärung Koenigs als wesentliche Cäsur ansehen: Die deutschen Behörden hatten nunmehr eine Rechtsgrundlage für ihre Tätigkeit erhalten.

Eine Abgrenzung von Machtbefugnissen zwischen Besatzungsmacht und deutscher Regierung erfolgte erstmals nach den Volksabstimmungen über die Verfassungen der Länder der französischen Zone und den ersten Landtagswahlen der Nachkriegszeit im Mai 1947. Sollte das Zusammenspiel von Landtag und Regierung funktionieren und der Landtag die ihm verantwortliche Regierung kontrollieren können, so mußte wenigstens klargestellt sein, in welchen Fragen die deutschen Regierungen Entscheidungen aus eigener Verantwortung fällen. Ansonsten wäre die dem Landtag in der von der Militärregierung genehmigten Verfassung zugeschriebene Kontrollfunktion zur Farce geworden. Diesen Überlegungen verschloß sich der französische Oberbefehlshaber nicht. Eine klare Kompetenzabgrenzung wäre jedoch – wie an anderer Stelle aufgezeigt wird – französischen Eigeninteressen zuwiderlaufen. Die Besatzungsmacht wählte daher, um nicht zu restriktiv zu wirken, eine Kompetenzabgrenzung in drei Etappen.

Zuerst erging Ordonnance Nr. 95 des französischen Oberbefehlshabers vom 9. Juni 1947, die von der Besatzungsmacht selbst als „vorläufiges Grundgesetz“ apostrophiert wurde, nach der sich für die weitere Zukunft die deutschen Regierungen zu richten hätten<sup>6</sup>. In Wirklichkeit nahm mit ihr die Besatzungsmacht nur eine teilweise Regelung dieser Fragen vor und ließ zahlreiche Punkte offen. Charakteristisch für dieses Gesetzeswerk war, daß in Ordonnance Nr. 95 nur die der französischen Gesetzgebung vorbehaltenen Zuständigkeiten in Verbindung mit einem allgemeinen Vorrang der Besatzungsgesetzgebung aufgeführt wurden, *expressis verbis* von deutschen Zuständigkeiten aber nicht die Rede war. Dafür erfolgte in Artikel I der Ordonnance eine globale Kompetenzübertragung auf die deutschen Behörden, die offensichtlich den Eindruck erwecken sollte, als ob alle nicht ausdrücklich vorbehaltenen Zuständigkeiten in deutsche Kompetenz übergehen sollten. Daß dem nicht so war, konnte man wenig später aus der Verordnung über die Einrichtung der Amtsgerichtsbezirke entnehmen<sup>7</sup>.

Besonders auffallend ist, daß Artikel III eine zusätzliche Kompetenzabgrenzung im Bereich der gesamten Wirtschaft durch eine Verfügung des Administrateur Général Adjoint Laffon vorsah und auch über die Kontrolle des Landtags durch die Besatzungsmacht nichts Genaueres ausgesagt wurde. Somit konnten sich Landtag und Regierung noch einigen Hoffnungen hingeben, zumal zum Beispiel in Württemberg-Hohenzollern der Militärgouverneur die Bekanntgabe der Ordonnance vor

<sup>6</sup> Ordonnance Nr. 95 relative aux pouvoirs des Länder de la Zone Française d'Occupation vom 9. 6. 1947, *Journal Officiel* S. 783f.

<sup>7</sup> Verordnung Nr. 102 vom 8. Juli 1947, *Journal Officiel* Nr. 87.

dem Landtag mit der Verlesung einer Erklärung des Generals Koenig verband, die eine wohlwollende Regelung der noch ausstehenden Fragen versprach<sup>8</sup>.

An diesem 12. Juni des Jahres 1947 konnte allerdings niemand wissen, daß die angekündigte Verfügung als Arrêté Nr. 218<sup>9</sup> bereits seit dem 10. des Monats in Baden-Baden ausgefertigt vorlag. Warum sie nicht zusammen mit der Ordonnance Nr. 95 und der Erklärung Koenigs am 12. Juni bekanntgegeben worden war, sondern erst am 17. Juni 1947 veröffentlicht wurde, verdeutlicht am besten ihr Inhalt. Die Besatzungsmacht gab jetzt zu erkennen, daß sie an einer echten Kompetenzübertragung nicht interessiert war und sämtliche für die Deutschen ins Gewicht fallenden Gebiete der Gesetzgebung nach wie vor für sich beanspruchte, um weiterhin willkürlich über ihre Zone verfügen zu können. Arrêté Nr. 218 bestimmte zu zusätzlich vorbehaltenen Zuständigkeiten: Geldverkehr und Devisenkontrolle, Reichsschulden, Zölle und Außenhandel, Lohnpolitik und Preisfestsetzung, Gewichte, Maße und allgemeine Statistik, die industrielle Produktion nach Branchen und Ländern, allgemeine Verteilung von Rohstoffen und „produits directeurs“ (z. B. Schuh- und Lederwaren) unter den Ländern und den direkten Kontingentinhabern; Land- und Forstwirtschaft, Ernährung, individuelle Rationierung der Lebensmittel und wesentlichen Industrieerzeugnisse, Transport-, Post- und Telefonwesen. Aus Dokument Nr. 2 ergab sich darüber hinaus, daß sich die Besatzungsmacht auf den genannten Gebieten keineswegs auf eine Rahmengesetzgebung beschränken wollte, sondern auch das Verordnungsrecht für sich allein beanspruchte, so daß die mit diesen Aufgaben befaßten deutschen Behörden weiterhin der verlängerte Arm der zonalen Militärregierung in Baden-Baden blieben.

In der Praxis zeigte sich alsbald, daß Frankreich ureigenste Interessen durch diese einseitige Kompetenzabgrenzung zu verfolgen gedachte. Als Beispiel für den Bereich Forstwirtschaft seien nur die Holzeinschläge genannt, die die Besatzungsmacht den Deutschen nach dem von ihr selbst festgesetzten Inlandsstoppreis vergütete, während Frankreich auf dem Weltmarkt beachtliche Gewinne erzielte. Durch die Lenkung der Produktion gelang es ihr, die Betriebe der französischen Zone auf die Herstellung solcher Produkte festzulegen, an denen auf dem französischen Markt Mangel herrschte. Solche Betriebe mußten auch auf Anweisung der Besatzungsmacht bevorzugt mit Rohstoffen beliefert werden. Auf dem Sektor der Ernährung konnte die Militärregierung nach wie vor willkürlich über Lebensmittelentnahmen befinden. Sie tat dies recht einschneidend bis weit in das Jahr 1948. Ihr Ausfuhr- und Einfuhrmonopol benützte sie dazu, um erhebliche Devisengewinne in die eigene Kasse zu wirtschaften. Den Deutschen blieben die hier als Beispiele genannten Praktiken selbstverständlich nicht verborgen, denn sie mußten ja alle diese Maßnahmen auf Weisung der Besatzungsmacht durchführen. Sie

<sup>8</sup> Siehe Verhandlungen des Landtags von Württemberg-Hohenzollern vom 12. 6. 1947 Bd. I, 2. Sitzung, S. 2.

<sup>9</sup> Arrêté Nr. 218 vom 10. 6. 1947 Journal Officiel S. 796, Inhalt weitgehend in Dokument Nr. 2 unter Ziffer A. Der Titel „Arrêté“ = „Verfügung“ war den Anordnungen des Administrateur Général Adjoint vorbehalten.

hatten jedoch ebenso zu schweigen wie die Landtage. Dafür sorgten die scharfen Kontrollbestimmungen in Dokument Nr. 2, die der Besatzungsmacht die Handhabe gaben, alle unerwünschten Parlamentsdebatten und -beschlüsse zu verhindern<sup>10</sup>.

Es zeigt sich also in diesem kurzen Überblick, daß die Hoffnungen, die noch im Juni an die Ordonnance geknüpft worden sind, verfrüht waren. Dies erhellte jedoch erst Dokument Nr. 2 vom 19. August 1947, das die Zielsetzungen der Besatzungsmacht durch die Verbindung der Verordnung mit der Verfügung und den Ausführungsbestimmungen in ihrer ganzen Tragweite erschloß. Frankreich war es mit dieser Taktik gelungen, Regierungen und Landtage vor vollendete Tatsachen zu stellen und zugleich in der Öffentlichkeit durch die alleinige Bekanntgabe der Ordonnance und der Erklärung den Eindruck zu erwecken, als ob diese den Deutschen ein Höchstmaß an Zuständigkeit übertragen hätte. Diese Vorstellungen versuchte es noch dadurch zu verstärken, daß es bei vielen Gelegenheiten Ordonnance Nr. 95, die scheinbar einiges zugunsten der Deutschen offenließ, in der Öffentlichkeit als alleinige Grundlage seiner Politik herausstellte.

Bezeichnend ist, unter welchen Bedingungen Dokument Nr. 3 vom 28. Juli 1948 entstand, das eine Wende der französischen Besatzungspolitik ankündigte und auch einleitete. Man muß sich bei der Beschäftigung mit diesem Dokument allerdings vor Augen halten, daß zu diesem Zeitpunkt bereits die Vorbereitungen für die Wahl des Parlamentarischen Rats liefen und die drei westlichen Alliierten durch Bekanntgabe der sogenannten Frankfurter Dokumente am 1. Juli 1948 – Grundgesetz, Neugliederung, Besatzungsstatut – den Weg zur Bildung der Bundesrepublik Deutschland geebnet hatten. Noch gewichtiger in diesem Zusammenhang ist jedoch, daß sich Frankreich bei den vorausgegangenen Londoner Deutschlandverhandlungen ausbedungen hatte, die französische Zone erst dann wirtschaftlich mit der Bizone zu verschmelzen, wenn der politische Zusammenschluß erfolgt sei – und der fand erst nach der Verabschiedung des Grundgesetzes statt.

Die neue Weichenstellung der interalliierten Deutschlandpolitik konnte nicht ohne Rückwirkungen auf die Verhältnisse der französischen Zone bleiben, zumal aufgrund der restriktiven französischen Besatzungspolitik die Entwicklung auf fast allen Gebieten weit hinter der der Bizone zurückgeblieben war. Darüber hinaus hatte der Landtag von Württemberg-Hohenzollern in der Erkenntnis dieser Neuorientierung der Militärregierung durch Vertagung im Frühjahr 1948 die unbeschränkte Diskussion vorbehaltener Fragen abgetrotzt, drohte die Regierung dieses Landes Ende Juli mit einem Rücktritt wegen der Demontagen und startete Aktionen, um die deutsche und internationale Öffentlichkeit auf die Verhältnisse in der französischen Zone aufmerksam zu machen.

Auslösendes Moment für die Herausgabe von Dokument Nr. 3 bildete die Kritik der deutschen Regierungschefs der französischen Zone bei den westdeutschen Ministerpräsidentenkonferenzen an der Haltung der französischen Besatzungsmacht, die über die anwesenden alliierten Verbindungsoffiziere auch Frankreichs Part-

<sup>10</sup> Siehe dazu insbesondere Konstanzer, a. a. O., S. 60 ff.

nern bekannt wurde. Wie betroffen General Koenig von diesen Äußerungen war, beweist ein Schreiben vom 26. Juli 1948<sup>11</sup>, dem dann die Ankündigung erweiterter deutscher Befugnisse durch Schreiben von General Widmer vom 28. Juli 1948 (Dokument Nr. 3) folgte.

Bei den vielen Einzelbestimmungen dieses Dokuments ist es nicht möglich, an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen. Dem interessierten Leser kann nur ein Vergleich mit den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen im Journal Officiel empfohlen werden. Er wird dabei feststellen, daß sich die französische Besatzungsmacht bei der Verwirklichung ihrer Ankündigungen sehr viel Zeit ließ und eine einschneidende Veränderung in der Haltung der französischen Besatzungsmacht erst gegen Ende des Jahres 1948 zu finden ist. Zur Illustration zwei Beispiele: Die Beschränkungen im interzonalen Personenverkehr wurden erst im August 1948 aufgehoben, obwohl die ständigen Ministerpräsidentenkonferenzen der Westzonen seit dem 1. Juli 1948 fast pausenlos tagten. Eine Besprechung über die Voraussetzungen für eine Fusion der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden zwischen den Beteiligten mußte anfangs August 1948 noch als private Zusammenkunft getarnt werden, obwohl die Frankfurter Dokumente eine territoriale Neugliederung der Westzonen vorsahen. So nimmt es auch nicht wunder, daß die Bestimmungen der Verfügung Nr. 218 vom 10. Juni 1947, die der französischen Besatzungsmacht eine indirekte Reparationspolitik ermöglichten, erst mit der Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 fielen.

*Eberhard Konstanzer*

#### Dokument Nr. 1<sup>12</sup>

DELEGATION SUPERIEURE  
POUR LE  
GOUVERNEMENT MILITAIRE  
DU WURTEMBERG

SERVICE DES AFFAIRES  
ADMINISTRATIVES

Section de l'Intérieur  
et des Cultes

No 1920 SAA/INT/JR/LH

Tübingen, le 9 Dec. 1946

LE GOUVERNEUR,  
Délégué Supérieur pour le Gouvernement  
Militaire du Wurtemberg

à

Monsieur le Président du Secrétariat d'Etat  
pour la zone française du Wurtemberg et le  
Hohenzollern

- CABINET -

Objet: Pouvoirs des Gouvernements Allemands

Les ordonnances du Général Commandant en Chef Français en Allemagne en date du 8. 10. 46 ont créé pour le Pays de Bade, le Wurtemberg et le Land Rhéno-Palatin

<sup>11</sup> Koenig geht in diesem Schreiben auch auf den geschilderten Sachverhalt ein. Das Schreiben findet sich in einem Ordner „Geheim“, der vor kurzem dem Staatsarchiv Sigmaringen übergeben wurde.

<sup>12</sup> Staatsarchiv Sigmaringen, Bestand Wü 2 106/1/2.

des Assemblées Consultatives qui, bien qu'elles n'aient pas à proprement parler un caractère représentatif, constituent le reflet de l'opinion publique allemande, et peuvent, à bon droit, être regardées comme les premières pierres de la démocratie nouvelle, que les Autorités Françaises ont pour première tâche de constituer dans la Zone.

C'est en reconnaissance de cette situation que, dans sa déclaration en date du 4 Décembre 1946, le Général Commandant en Chef a confié aux Gouvernements provisoires des Länder des tâches législatives et réglementaires d'une importance capitale.

J'ai l'honneur de vous faire parvenir, ci-après, les instructions qu'il conviendra de suivre dorénavant en cette matière.

## I - POUVOIRS DES GOUVERNEMENTS ALLEMANDS

Il appartiendra au Secrétariat d'Etat, en qualité de Gouvernement Provisoire, de promulguer, dans les conditions prévues par les ordonnances précitées, des textes de portée législative ou réglementaire en se conformant aux obligations suivantes:

- A. - Les Autorités allemandes devront respecter, dans l'exercice de ce pouvoir, les règles posées par le Conseil de Contrôle dans ses lois, ordres, proclamations et directives, non seulement dans leur lettre, mais encore dans leur esprit.
- B. - De même, aucune décision ne pourra être prise par les Gouvernements Allemands, qui serait contraire aux ordonnances et décisions prises par le Général Commandant en Chef ou l'Administrateur Général, et, d'une façon plus générale, à la politique du Gouvernement Français en Zone Occupée.
- C. - Les décisions prises par le Secrétariat d'Etat dans l'exercice de son pouvoir réglementaire me seront soumises avant toute promulgation.

Aucun texte portant décision ne sera publié sans que j'ai donné mon visa.

### *Publication des décisions du Secrétariat d'Etat. -*

Celle-ci sera faite par les soins de l'Amtsblatt qui paraîtra au fur et à mesure des besoins.

A cet égard, les règles suivantes devront être scrupuleusement observées à partir de la désignation du Gouvernement Provisoire:

- a) Ce journal Officiel sera entièrement rédigé en allemand.
- b) Aucune mention de l'accord ou de l'ordre des Autorités d'Occupation ne devra y figurer.
- c) En ce qui concerne la terminologie que les Autorités Allemandes devront adopter, je tiens à préciser en premier lieu que certains termes devront être impitoyablement proscrits comme susceptibles d'introduire des confusions, soit avec le régime déchu, soit avec les décisions des autorités alliées de Contrôle. C'est ainsi que l'expression „ERLASS“ ne devra jamais être employée, de même que les termes „GESETZ“, „BEFEHL“, „PROKLAMATIONEN“, „DIREKTIVEN“ restent réservés aux Autorités Alliées de Contrôle statuant à Berlin. Enfin le terme „Verordnung“ ne s'appliquera qu'aux ordonnances du Général Commandant en Chef Français en Allemagne, et l'expression „VERFÜGUNG“ ne devra plus être employée, à l'avenir, que pour les arrêtés des Autorités d'Occupation. Par contre, des expressions composées, soulignant le caractère décentralisé de la décision prise, en même temps que son caractère juridique, sont à recommander. C'est ainsi qu'une décision de portée législative d'un Gouvernement Allemand pourrait être désignée sous le nom de „LANDESVERORD-

NUNG“ et un texte de portée réglementaire par l'expression „Landesverfügung.“

- d) Ces publications pourront reproduire, mais en Allemand seulement, les textes législatifs ou réglementaires les plus importants parus dans le Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne.
- e) Vous me ferez parvenir, sous le timbre de la Section Intérieur et Cultes, 40 exemplaires de chaque Amtsblatt dès sa parution. L'impression de chacun de ces Amtsblatt sera soumise à mon autorisation préalable.

Ces dispositions trouveront leur application de détails dans les conditions déjà existantes et qui seront, s'il y a lieu, mises au point entre votre administration et les Services de ma Délégation Supérieure.

Je vous prie de bien vouloir m'accuser réception des présentes instructions, et de veiller à ce qu'elles soient exactement appliquées.

gez.: G. Widmer<sup>13</sup>

*Deutsche Übersetzung\**

Betrifft: Zuständigkeiten der deutschen Regierungen.

Die Verordnungen des französischen Oberkommandierenden in Deutschland vom 8. 10. 1946 haben für das Land Baden, für Württemberg und das Land Rheinland-Pfalz Beratende Versammlungen geschaffen, die, obwohl sie im eigentlichen Wortsinne keinen volksvertretenden Charakter haben, die deutsche öffentliche Meinung widerspiegeln und, mit gutem Recht, als die ersten Bausteine der neuen Demokratie betrachtet werden können, die zu errichten die französischen Behörden als erste Aufgabe in der Zone haben.

In Anerkennung dieser Lage hat der Oberkommandierende in seiner Erklärung vom 4. Dezember 1946 den Vorläufigen Regierungen der Länder gesetzgeberische und Verwaltungsaufgaben von größter Bedeutung anvertraut.

Ich habe die Ehre, Ihnen nachstehend die Anweisungen zukommen zu lassen, die künftighin in dieser Angelegenheit zu beachten sein werden.

I. ZUSTÄNDIGKEITEN DER DEUTSCHEN REGIERUNGEN.

Dem Staatssekretariat, in seiner Eigenschaft als Vorläufige Regierung, kommt es zu, unter den Bedingungen, die in den vorgenannten Verordnungen vorgesehen sind, Gesetze und Verwaltungsbestimmungen bekanntzumachen und sich dabei nach den folgenden Verpflichtungen zu richten:

- A. – Die deutschen Obrigkeiten müssen in der Ausübung dieser Zuständigkeit die von dem Kontrollrat in seinen Gesetzen, Anordnungen, Bekanntmachungen und Richtlinien aufgestellten Vorschriften beachten, nicht nur in ihrem Wortlaut, sondern auch in ihrem Sinne.
- B. – Gleichfalls darf keine Entscheidung von den deutschen Behörden getroffen werden, die im Widerspruch steht zu den Verordnungen und Entscheidungen, die von dem Oberkommandierenden oder von dem Administrateur Général getroffen worden sind, und allgemein im Widerspruch steht zu der Politik der französischen Regierung in der Besatzungszone.

<sup>13</sup> Guillaume Widmer war von September 1945 bis Mitte 1949 Chef der regionalen Militärregierung in Tübingen, später dann noch Landeskommissar bis zur Auflösung des Landes Württemberg-Hohenzollern im Jahre 1952.

\* Die deutsche Übersetzung der Texte fertigte Herr Dr. Hans Graumann, Wolfenbüttel, an.

- C. ~ Die von dem Staatssekretariat in der Ausübung seiner Verwaltungszuständigkeit getroffenen Entscheidungen sind mir vor jeder Bekanntmachung vorzulegen.  
Kein Text, der eine Entscheidung ausspricht, darf veröffentlicht werden, ohne daß ich meinen Sichtvermerk gegeben habe.

*Veröffentlichung der Entscheidungen des Staatssekretariats.*

Diese wird besorgt durch das Amtsblatt, das je nach Bedarf erscheint. In dieser Hinsicht sind die folgenden Regeln von der Ernennung der Vorläufigen Regierung an genauestens zu beachten:

- a) Dieses Amtsblatt wird ganz in deutscher Sprache abgefaßt.
- b) Irgendeine Zustimmung oder Anordnung der Besatzungsbehörden darf in ihm nicht erwähnt werden.
- c) Hinsichtlich der Terminologie, die die deutschen Behörden anwenden müssen, lege ich in erster Linie großes Gewicht darauf, daß gewisse Ausdrücke schonungslos ausgemerzt werden müssen, da sie geeignet sind, Verwechslungen herbeizuführen, sei es mit dem abgeschafften Regime, sei es mit den Entscheidungen der Kontrollratsbehörden. So darf der Ausdruck „Erlaß“ niemals angewandt werden. Gleichfalls bleiben die Ausdrücke „Gesetz“, „Befehl“, „Proklamationen“ und „Direktiven“ den Kontrollratsbehörden vorbehalten, die in Berlin, Anordnungen erlassen. Endlich wird der Ausdruck „Verordnung“ nur bei Verordnungen des französischen Oberbefehlshabers in Deutschland angewandt und der Ausdruck „Verfügung“ darf in Zukunft nur für die Erlasse der Besatzungsbehörden angewandt werden. Dagegen sind zusammengesetzte Ausdrücke, die den Charakter der Dezentralisation der getroffenen Entscheidung sowie gleichzeitig ihren juristischen Charakter unterstreichen, zu empfehlen. So könnte eine Entscheidung aus dem gesetzgeberischen Bereich einer deutschen Regierung mit dem Namen „Landesverordnung“ und ein Text aus dem Bereich der Durchführungsverordnungen mit dem Ausdruck „Landesverfügung“ bezeichnet sein.
- d) Diese Veröffentlichungen dürfen, aber nur in deutscher Sprache, die wichtigsten gesetzgeberischen oder Verwaltungstexte abdrucken, die in dem Amtsblatt des französischen Oberkommandierenden in Deutschland erschienen sind.
- e) Sie lassen mir, unter dem Rubrum „Abteilung Inneres und Kultus“ 40 Exemplare jedes Amtsblattes gleich nach seinem Erscheinen zukommen. Der Druck jedes dieser Amtsblätter ist meiner vorherigen Genehmigung unterworfen.

Diese Anordnungen finden ihre ins Einzelne gehende Anwendung unter den Vorbehalten, die bereits bestehen und die nötigenfalls zwischen Ihrer Verwaltung und den Dienstzweigen meiner obersten Behörde ausgearbeitet werden.

Ich bitte Sie, mir den Empfang dieser Anweisungen zu bestätigen und darüber zu wachen, daß sie genau angewendet werden.

gez.: G. Widmer

Dokument Nr. 2<sup>14</sup>

DELEGATION SUPERIEURE  
POUR LE  
GOUVERNEMENT MILITAIRE  
DU WURTEMBERG

Service des Affaires  
Administratives

No 482 SAA/JCR/YZ

Tübingen, le 19. 8. 1947

LE GOUVERNEUR,  
Délégué Supérieur pour le Gouvernement  
Militaire du Wurtemberg

à

Monsieur le PRESIDENT D'ETAT du  
WURTEMBERG - HOHENZOLLERN

*Objet:* Pouvoirs des Gouvernements Allemands dans la Zone Française d'Occupation.

Par une déclaration en date du 4 décembre 1946, le Général Commandant en Chef en Allemagne avait confié aux Gouvernements provisoires des Länder des tâches législatives et réglementaires, que je vous avais définies dans ma lettre No 1920 du 9 décembre suivant.

Or, en vertu de la Constitution adoptée pour chaque province par le referendum du 18 mai dernier, le Pouvoir Législatif a été confié à un Landtag élu par le Suffrage Universel – ayant par suite un caractère définitif – et le Pouvoir Exécutif à un gouvernement issu de la confiance du Landtag.

Cette situation nouvelle a amené le Commandant en Chef à élargir les pouvoirs précédemment accordés aux Autorités Allemandes par la déclaration en date du 9 juin 1947, dont j'ai donné lecture à l'Assemblée, et par une ordonnance datée du même jour.

Je vous adresse ci-joint :

- a) – Copie de la déclaration du Général Commandant en Chef du 9 juin dernier.
- b) – Copie de l'ordonnance No 95 du même jour.
- c) – Copie de l'Arrêté [218] en date du 10 juin 1947 pris par M. l'Administrateur Général Adjoint pour le Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation, en application d'ordonnance précitée.

Ces textes, ainsi que vous le verrez, concilient la liberté d'action qu'implique, pour les Autorités allemandes, le fonctionnement normal du régime démocratique avec le maintien du droit de contrôle de la puissance occupante, qui doit continuer à s'exercer dans le cadre des directives du Conseil de Contrôle de Berlin pour la sauvegarde de l'ordre public et des intérêts alliés.

Ils comportent deux ordres de conséquences, les unes relatives au fonctionnement du pouvoir législatif et réglementaire, les autres concernant le pouvoir exécutif et en particulier la nomination des fonctionnaires.

Vous voudrez bien trouver, ci-après, les instructions se rapportant à ces deux domaines.

#### I – POUVOIR LEGISLATIF ET REGLEMENTAIRE. –

##### A) – *Domaine réservé.*

Vous noterez tout d'abord qu'en application de l'article 2 de l'ordonnance No 95, les pouvoirs législatifs sont exclus d'une manière absolue de la compétence des Autorités Allemandes et réservés au Commandement en Chef Français en Allemagne pour toutes les questions appartenant aux domaines suivants :

<sup>14</sup> Staatsarchiv Sigmaringen, Bestand Wü 2 106/I/15, 14.

- 1 - Restitutions<sup>15</sup> et réparations aux pays étrangers.
- 2 - Déplacements de populations et personnes déplacées.
- 3 - Législation relative au droit pénal international.
- 4 - Besoins des Forces d'Occupation.
- 5 - Désarmement militaire, industriel et scientifique.

En outre, sont, jusqu'à nouvel ordre, réservés par le Commandement en Chef Français en Allemagne, tous pouvoirs dans les domaines ci-après:

- Monnaie et contrôle des changes.
- Dettes de l'ancien Reich.
- Douanes et Commerce Extérieur.
- Politique des salaires et fixation des prix.
- Poids et mesures et cadre des statistiques générales.
- Plan des productions industrielles par branche et par Land - Répartition Générale des matières et des produits directs entre les Länder et les porteurs directs de contingents.
- Plan général de production agricole et forestière.
- Plan général de ravitaillement.
- Rationnement individuel des denrées alimentaires et produits industriels essentiels.
- Politique des transports, des postes et des télécommunications.

Cependant, en ces dernières matières un élargissement des pouvoirs des Gouvernements Allemands pourrait être éventuellement prévu et le Général Commandant en Chef pourra être saisi, notamment au cours des réunions périodiques des ministres allemands à Baden-Baden, de toutes suggestions ou propositions que vous croiriez utile de faire.

Il va de soi que pour l'exécution des décisions prises par les organes du Gouvernement Militaire, dans les domaines prévus au présent paragraphe, les Autorités Allemandes sont tenues de prêter leur entier concours sous les formes et par les moyens appropriés.

En particulier, en matière budgétaire, les dépenses imposées par les Autorités d'Occupation comme conséquences de la guerre, de l'occupation ou des mesures prescrites par le Commandement en Chef, devront faire l'objet d'inscriptions d'office. Il en résulte pour la Diète l'obligation soit d'adopter les ressources correspondantes proposées par le Gouvernement, soit de voter des ressources de remplacement de même importance.

B) - *Domaine contrôlé - Inscriptions à l'ordre du jour de l'Assemblée.* -

En exécution de l'article 4 de l'ordonnance No 95, vous devrez me communiquer, qu'ils soient d'initiative gouvernementale ou d'initiative parlementaire, avant qu'ils ne soient déposés sur le bureau du Landtag et que l'Assemblée n'en soit saisie, tous projets intéressant la décartellisation, la démilitarisation, la dénazification, le maintien de l'ordre public et la démocratisation, notamment en matière d'éducation.

L'inscription à l'ordre du jour de ces projets n'aura lieu qu'après mon agrément. Vous me transmettez donc les ordres du jour des travaux de l'Assemblée au moins 24 heures avant chaque séance.

Au cas où serait proposée en séance la discussion d'une question non inscrite à l'ordre du jour, le Président du Landtag vous en avisera et vous m'en réferez pour approbation avant l'ouverture du débat.

<sup>15</sup> Unter Restititionen versteht man die unentgeltliche Rückgabe mobiler Vermögen an das Land, aus dem sie während des Krieges nach Deutschland gebracht wurden, auch wenn dies gegen Rechnung erfolgte.

Tous les projets n'ayant pa[s] les caractères définis aux paragraphes A et B ci-dessus pourront être librement proposés à l'Assemblée et discutés par elle.

C) – *Promulgation des textes législatifs et réglementaires.*

Dans le cadre précédemment tracé, le Landtag exerce la plénitude du pouvoir législatif. Il adopte, amende ou rejette les projets de loi proposés par les Députés ou le Gouvernement.

Toutefois, vous devrez, en exécution de l'article 6 de l'ordonnance 95, me communiquer sous le timbre du Cabinet tous textes législatifs votés par la Diète et tous textes réglementaires émanant du Gouvernement, avant leur promulgation.

Ils ne deviendront définitifs et ne pourront être insérés au Journal Officiel qu'après l'accord du Gouvernement Militaire.

## II — POUVOIR EXECUTIF - NOMINATION DES FONCTIONNAIRES.

En règle générale, le Gouvernement du Land pourra librement nommer et promouvoir les fonctionnaires dépendant de son autorité, sans soumettre ces décisions à l'agrément préalable du Gouvernement Militaire, sous la seule réserve du respect des décisions d'Épuration.

Toutefois, le Gouvernement Militaire entend conserver le droit de se prononcer sur la nomination d'un certain nombre de fonctionnaires particulièrement importants, fonctionnaires d'autorité ou fonctionnaires dont l'activité s'exerce dans un domaine où les intérêts des Alliés sont directement en jeu.

Vous trouverez ci-joint la liste limitative de ces fonctionnaires. Il est bien entendu que vous me soumettrez toutes les propositions de nomination les concernant et que les décisions ne seront prises par vous qu'après réception de mon agrément écrit.

Par ailleurs, mes services contrôleront comme par le passé l'activité de tous les fonctionnaires publics et je me réserve de vous demander de prendre, contre ceux qui encourraient des griefs sérieux soit au point de vue politique, soit au point de vue professionnel, telle mesure que la situation comporterait.

\*

Je vous prie de bien vouloir communiquer la présente lettre aux membres du Gouvernement, et à tous les services placés sous votre autorité. J'en envoie directement copie à M. Le Président du Landtag.

Ces instructions annulent en la matière toutes celles qui les ont précédées et fixent dans le cadre des décisions inter-alliées les nouveaux pouvoirs des Gouvernements Allemands de la Zone Française.

J'attacherai du prix à ce que vous vouliez bien m'en accuser réception.

gez.: G. Widmer

LISTE DES FONCTIONNAIRES DONT LA NOMINATION  
SERA SOUMISE A L'AGREMENT PREALABLE DU GOUVERNEMENT  
MILITAIRE

ADMINISTRATIONS	FONCTIONNAIRES A AGREER
INTERIEUR	- Les Directeurs de Ministères - Les Landräte - Les Kreisbrandmeister et les Chefs de Corps des Sapeurs Pompiers
P.T.T.	- Commissaire d'Etat à la Dénazification - Les Présidents et les Vice-Présidents (ou faisant fonction des O.P.D.)
SANTE	- Les chefs des Abteilungen des O.P.D. - Les Ministerial-Direktoren - Les Ministerialräte et Amtsärzte
PERSONNES DEPLACEES EDUCATION PUBLIQUE	- Le Commissaire aux Réfugiés - Le personnel enseignant et les hauts fonctionnaires chargés de l'administration des Universités et des établissements d'enseignement supérieur ainsi que les Directeurs et Professeurs d'Ecoles Normales
POLICE	- Polizeidirektor (Directeur des services de police du Land)
TRAVAIL ECONOMIE	- Les Présidents des Landesarbeitsäm[t]er - Les Chefs des Sections Principales du Wurtemberg de l'Economie (Hauptabteil[u]ngen) - Le Chef des Services des Prix et Contrôles Economiques - Les Directeurs ou Chefs des Sections industrielles (Referate) [sic!] - Le Chef du Service des Programmes - Le Chef du Service des Répartitions - Le Chef du Service des Statistiques
FINANCES	- Le Président des Chambres des Comptes - Le Président du Conseil d'Administration, le Directeur Général et le Directeur Général Adjoint de la Banque Centrale - Le Directeur de l'Administration Allemande des biens contrôlés
AGRICULTURE	- Les Chefs de Service de l'Agriculture, du Ravitaillement, des forêts
TRAVAUX PUBLICS ET TRANSPORTS	- Les Chefs des Services des Ponts et Chaussées - Les Chefs des Wasserstrassen-direktionen [sic!] - Les Chefs des transports routiers
JUSTICE	- Les Oberlandesgerichtspräsidenten[n] - Les Generalstaatsanwälte[n] - Les Oberlandesgerichtsräte[n] - Les Landgerichtspräsidenten[n]

ADMINISTRATIONS	FONCTIONNAIRES A AGREER
POLICE (Suite)	- Les Landgerichtsdirektoren
1) Verwaltungspolizei	- Les Oberstaatsanwälte
	- Oberregierungsrat
	- Regierungsrat
	- Regierungsamtmann
	- Regierungsoberinspektor (1)
	- Regierungsinspektor (1)
2) Schutzpolizei	- Landespolizeirat
	- Polizeirat
	- Polizeiamtmann
	- Polizeioberinspektor
	- Polizeiinspektor (2)
	- Polizeikommissar (2)
3) Kriminalpolizei	- Landeskriminaldirektor
	- Kriminalrat
	- Kriminalamtmann
	- Kriminaloberinspektor
	- Kriminalinspektor (3)
	- Kriminalkommissar (3)
	- Kriminalsekret[är] (3)
GENDARMERIE	- Gendarmerierat
	- Amtmann
	- Oberinspektor
	- Inspektor (4)
	- Gendarmeriekommissar (4)

(1) Le Délégué de Cerole compétent peut être chargé par vos soins de donner l'agrément.

(2) Même observation.

(3) Même observation.

(4) Même observation.

#### Deutsche Übersetzung

Betrifft: Zuständigkeiten der deutschen Regierungen in der französischen Besatzungszone.

Durch eine Erklärung vom 4. Dezember 1946 hatte der Oberkommandierende in Deutschland den Vorläufigen Regierungen der Länder Aufgaben der Gesetzgebung und Verordnung anvertraut, die ich in meinem Schreiben vom folgenden 9. Dezember (Schreiben Nr. 1920) näher erklärt hatte.

Nun aber ist, auf Grund der von jeder Provinz durch die Volksabstimmung vom letzten 18. Mai angenommenen Verfassung, die gesetzgebende Gewalt einem Landtage, der durch allgemeines Wahlrecht gewählt wird, – daher einen entscheidenden Charakter hat – anvertraut worden und die vollziehende Gewalt einer Regierung, die aus dem Vertrauen des Landtages hervorgegangen ist.

Diese neue Lage hat den Oberbefehlshaber dazu bewogen, die den deutschen Behörden zuvor gewährten Zuständigkeiten zu erweitern durch die Erklärung vom 9. Juni 1947, die ich dem Landtag vorgelesen habe, und durch eine Verordnung vom gleichen Tage. Ich übersende Ihnen anliegend:

- a) Abschrift der Erklärung des Oberbefehlshabers vom letzten 9. Juni,
- b) Abschrift der Verordnung Nr. 95 vom gleichen Tage,
- c) Abschrift der Verfügung 218 vom 10. Juni 1947, erlassen vom Administrateur Général Adjoint der Militärregierung der französischen Besatzungszone, die die vorgenannte Verordnung im einzelnen anwendet.

Diese Texte, wie Sie sehen werden, bringen die in Frage kommende Handlungsfreiheit für die deutschen Behörden, das normale Funktionieren des demokratischen Regimes in Übereinstimmung mit der Aufrechterhaltung des Kontrollrechts der Besatzungsmacht, das weiterhin ausgeübt werden muß im Rahmen der Direktiven des Kontrollrates von Berlin für den Schutz der öffentlichen Ordnung und der alliierten Interessen.

Sie enthalten zwei Gebiete von Bedeutung: das eine bezieht sich auf die Ausübung des Gesetzgebungs- und Ordnungsrechts. Das andere betrifft die vollziehende Gewalt und im besonderen die Ernennung von Beamten.

Sie wollen anschließend die Anweisungen finden, die sich auf diese beiden Gebiete beziehen.

## I. GESETZGEBUNGS- UND VERORDNUNGSRECHT.

### A) Vorbehaltener Bereich.

Sie merken sich zuerst, daß in Anwendung des Artikels 2 der Verordnung Nr. 95 die Gesetzgebungsbefugnisse von der Zuständigkeit der deutschen Behörden unbedingt ausgenommen sind und dem französischen Oberbefehlshaber in Deutschland vorbehalten sind für alle Fragen die zu den folgenden Gebieten gehören:

1. Restitutionen und Schadensersatz in fremden Ländern.
2. Umsiedlung von verschleppten Bevölkerungen und Personen.
3. Gesetzgebung, die sich auf das internationale Strafrecht bezieht.
4. Bedürfnisse der Besatzungsmächte.
5. Die militärische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Abrüstung.

Außerdem sind bis zu einer Neuordnung dem französischen Oberbefehlshaber in Deutschland alle Befugnisse in den nachstehenden Gebieten vorbehalten:

Geldverkehr und Devisenkontrolle.

Schulden des früheren Deutschen Reiches.

Zölle und Außenhandel.

Lohnpolitik und Preisfestsetzung.

Gewichte, Maße und die Abgrenzung der allgemeinen Statistik.

Plan der industriellen Produktion nach Wirtschaftszweig und nach Land. – Allgemeine Verteilung der Rohstoffe und der weiter zu verarbeitenden Erzeugnisse zwischen den Ländern und den Kontingentsinhabern.

Allgemeiner Plan der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung.

Allgemeiner Plan der Lebensmittelbeschaffung.

Verteilung der Lebensmittel und wesentlichen Industrieerzeugnisse an die Einzelpersonen.

Politik des Verkehrswesens, der Post, Telephonie und Telegraphie.

Indessen könnte auf diesen letzteren Gebieten eine Erweiterung der Befugnisse der deutschen Regierungen eventuell ins Auge gefaßt werden und der Oberkommandierende könnte sich, besonders im Verlauf der regelmäßigen Zusammenkünfte der deutschen Minister in Baden-Baden mit allen Anregungen und Vorschlägen befassen, die sie als nützlich erachten.

Selbstverständlich sind die deutschen Behörden verpflichtet, bei der Ausführung der von den Organen der Militärregierung getroffenen Entscheidungen auf den Ge-

bieten, die in diesem Paragraphen vorbehalten sind, ihre volle Unterstützung in geeigneter Form und mit den angemessenen Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Im besonderen haben auf dem Gebiete des Budgetrechtes die Kosten, die durch die Besatzungsbehörden als Folgen des Krieges, der Besetzung oder von Maßnahmen, die von dem Oberkommandierenden angeordnet sind, den Charakter von Staatsschulden. Daraus folgt für den Landtag die Verpflichtung, entweder die entsprechenden Geldmittel, die von der Regierung vorgeschlagen sind, sich zu eignen zu machen oder sie ersetzende Geldmittel von der gleichen Bedeutung durch Abstimmung zu genehmigen.

**B) Der Kontrolle vorbehaltener Bereich. – Ansetzungen auf die Tagesordnung des Landtages.**

In Ausführung des Artikels 4 der Verordnung Nr. 95 müssen Sie mir alle Vorschläge, sei es auf Initiative der Regierung oder des Parlaments, bevor sie im Büro des Landtages eingebracht sind und der Landtag sich damit befaßt, mitteilen, die die Entkartellisierung, die Entmilitarisierung, die Entnazifizierung, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Demokratisierung, besonders auf dem Gebiete der Erziehung, betreffen.

Diese Vorschläge dürfen erst nach meiner Genehmigung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sie übermitteln mir daher die Tagesordnungen der Arbeiten des Landtags mindestens 24 Stunden vor jeder Sitzung.

Falls während der Sitzung die Erörterung einer Frage vorgeschlagen werden sollte, die nicht auf der Tagesordnung steht, wird der Landtagspräsident Sie davon benachrichtigen und Sie werden mir darüber Bericht erstatten zwecks meiner Genehmigung vor Beginn der Debatte.

Alle Vorschläge, die nicht unter die obenstehenden Paragraphen A und B fallen, können im Landtag frei vorgeschlagen und von ihm verhandelt werden.

**C) Bekanntmachung der Gesetzes- und Verordnungstexte.**

In dem vorstehend abgesteckten Rahmen hat der Landtag die volle gesetzgeberische Gewalt. Er nimmt die Gesetzesentwürfe, die von den Abgeordneten oder der Regierung eingebracht sind, an, verbessert sie oder lehnt sie ab.

Sie müssen jedoch, in Ausführung des Artikels 6 der Verordnung 95, vor ihrer Bekanntmachung, unter der Anschrift des Kabinetts, mir alle Gesetzestexte, die vom Landtag angenommen sind, und alle Ausführungsbestimmungen der Regierung mitteilen.

Erst nach Zustimmung der Militärregierung werden sie rechtsgültig und dürfen im Amtsblatt veröffentlicht werden.

## II. VOLLZIEHENDE GEWALT – ERNENNUNG DER BEAMTEN.

Im allgemeinen kann die Regierung des Landes die Beamten, die in ihren Diensten stehen, frei ernennen und befördern, ohne diese Entscheidungen der vorherigen Zustimmung der Militärregierung zu unterbreiten, unter dem einzigen Vorbehalt, daß die Entscheidungen der Säuberung (Entnazifizierung) beachtet werden.

Jedoch beabsichtigt die Militärregierung, sich das Recht zur Äußerung vorzubehalten bei der Ernennung einer gewissen Anzahl von besonders wichtigen Beamten, höheren Beamten oder Beamten, deren Tätigkeit ausgeübt wird in einem Gebiet, in dem die Interessen der Alliierten unmittelbar auf dem Spiel stehen.

Im übrigen kontrollieren meine Dienstzweige, wie in der Vergangenheit, die Tätigkeit aller öffentlichen Beamten, und ich bedinge mir aus, Sie zu bitten, gegen diejenigen, die sich ernstlichen Beschwerden aussetzen, sei es aus politischen Gesichts-

punkten, sei es hinsichtlich ihrer Berufsführung, die Maßnahmen zu ergreifen, die die Sachlage erfordert.

\*

Ich bitte Sie, dieses Schreiben den Mitgliedern der Regierung mitzuteilen und allen Dienstzweigen, die unter Ihrer Leitung stehen. Ich schicke unmittelbar eine Abschrift an den Herrn Landtagspräsidenten.

Diese Anweisungen machen in der Sache alle früheren nichtig und legen im Rahmen der interalliierten Entscheidungen die neuen Zuständigkeiten der deutschen Regierungen der französischen Zone fest.

Ich lege Wert darauf, daß Sie mir den Empfang bestätigen.

gez. G. Widmer.

**LISTE DER BEAMTEN, DEREN ERNENNUNG DER VORHERIGEN ZUSTIMMUNG DER MILITÄRREGIERUNG UNTERWORFEN IST.**

VERWALTUNGEN	BEAMTE, DIE DER ZUSTIMMUNG BEDÜRFEIN
INNERES:	die Ministerialdirektoren, die Landräte, die Kreisbrandmeister und die Leiter der Feuerwehren, der Staatskommissar für die Entnazifizierung;
POST:	die Präsidenten und die Vizepräsidenten (oder diejenigen, die ihre Tätigkeit ausüben) der Oberpostdirektionen
GESUNDHEITSWESEN:	die Leiter der Abteilungen der Oberpostdirektionen
VERTRIEBENE PERSONEN:	die Ministerialdirektoren, die Ministerialräte und Amtsärzte
ÖFFENTLICHE ERZIEHUNG:	der Kommissar für das Flüchtlingswesen
	die Professoren und die hohen Verwaltungsbeamten der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen und die Direktoren und Studienräte der höheren Schulen
POLIZEI:	Polizeidirektor (Direktor der Dienstzweige der Polizei des Landes)
ARBEIT:	die Präsidenten der Landesarbeitsämter
WIRTSCHAFT:	die Leiter der Hauptabteilungen der Wirtschaft Württembergs, der Leiter der Dienstzweige der Preisüberwachung und der wirtschaftlichen Kontrollen, die Direktoren oder Leiter der wirtschaftlichen Referate, der Leiter des Dienstzweiges der Planungen, der Leiter des Dienstzweiges der Verteilungen, der Leiter des Dienstzweiges der Statistik
FINANZEN:	der Präsident der Rechnungskammern, der Präsident des Verwaltungsrates, der Generaldirektor und der stellvertretende Generaldirektor der Zentralbank, der Direktor für die deutsche Verwaltung der kontrollierten Vermögen;
LANDWIRTSCHAFT:	die Leiter der Dienstzweige der Landwirtschaft, der Ernährung und der Forsten

Vierteljahrshefte 7\*/3

VERWALTUNGEN	BEAMTE, DIE DER ZUSTIMMUNG BEDÜRFEN
ÖFFENTLICHE ARBEITEN UND VERKEHR:	die Leiter der Dienstzweige der Brücken und Landstraßen, die Leiter der Wasserstraßendirektionen, die Leiter des Straßenverkehrs
RECHTSPFLEGE:	die Oberlandesgerichtspräsidenten, Generalstaatsanwälte, Oberlandesgerichtsräte, Landgerichtspräsidenten, Landgerichtsdirektoren, Oberstaatsanwälte
POLIZEI (Fortsetzung)	
1. Verwaltungspolizei	Oberregierungsrat, Regierungsrat, Regierungsamtmann, Regierungsoberinspektor <sup>(1)</sup> , Regierungsinspektor <sup>(1)</sup>
2. Schutzpolizei	Landespolizeirat, Polizeirat, Polizeiamtmann, Polizeioberinspektor, Polizeiinspektor <sup>(2)</sup> , Polizeikommissar <sup>(2)</sup>
3. Kriminalpolizei	Landeskriminaldirektor, Kriminalrat, Kriminalamtmann, Kriminaloberinspektor, Kriminalinspektor <sup>(3)</sup> , Kriminalkommissar <sup>(3)</sup> , Kriminalsekretär <sup>(3)</sup>
GENDARMERIE:	Gendarmerierat, Amtmann, Oberinspektor, Inspektor <sup>(4)</sup> , Gendarmerie-Kommissar <sup>(4)</sup>

Fußnote 1: Der zuständige Kreisdelegierte kann beauftragt werden, auf Ihren Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Fußnoten 2-4: Gleiche Bemerkung.

Dokument Nr. 3<sup>16</sup>

DELEGATION SUPERIEURE  
POUR LE  
GOUVERNEMENT MILITAIRE  
DU WURTEMBERG

SERVICE DES AFFAIRES  
ADMINISTRATIVES

No 1087 SAA/JCR/LH

Tübingen, le 28. 7. 1948

LE GOUVERNEUR  
Délégué Supérieur pour le Gouvernement  
Militaire du Wurtemberg

à

Monsieur le Président d'Etat du  
WURTEMBERG-HOHENZOLLERN

*Objet:* Pouvoirs des Gouvernements allemands dans la zone française d'occupation.  
*Réf. -:* Ma lettre No 482/SAA/JCR/YZ du 19. 8. 47

Par ma lettre citée en référence, je vous avais fait connaître les nouveaux pouvoirs conférés aux Gouvernements Allemands des Länder par la déclaration du Général Commandant en Chef en Allemagne en date du 9 Juin 1947, l'Ordonnance No 95 et l'Arrêté No 218 de l'Administrateur Général Adjoint pour le Gouvernement Militaire de la zone française d'occupation.

Ces instructions constituaient déjà un élargissement sensible des attributions des

<sup>16</sup> Staatsarchiv Sigmaringen, Bestand Wü 2 106/I/31.

Gouvernements des Länder et un allègement du contrôle antérieurement exercé par le Gouvernement Militaire.

Aujourd'hui, après un an de fonctionnement des institutions ainsi créées, il a été décidé d'accroître à nouveau les libertés et les attributions confiées aux autorités allemandes.

L'Ordonnance 95 demeure toujours en vigueur dans ses dispositions essentielles, comme la Charte qui règle la compétence respective des autorités allemandes et françaises. Elle doit cependant être élargie et assouplie par un certain nombre de dispositions nouvelles qui, donnant aux Gouvernements allemands des pouvoirs plus étendus, augmenteront du même coup leur responsabilité.

Vous voudrez bien trouver, ci-après, l'exposé de ces mesures:

#### I. – POUVOIR LEGISLATIF ET REGLEMENTAIRE. –

##### a) *Domaine réservé.* –

L'Ordonnance 95 a déterminé le domaine réservé aux autorités d'occupation et je vous l'ai précisé au § 1, Alinéa A de ma lettre précitée.

Ainsi que je vous l'avais déjà fait connaître dans ma lettre du 10 Juin 1948, les députés au Landtag seront désormais autorisés à interpellier sur les questions ressortissant à ce domaine. Le texte des interpellations devra être déposé sur le bureau de l'Assemblée au moins 5 jours avant la date fixée pour les débats; les questions posées seront immédiatement portées à ma connaissance par les soins du Président du Landtag, pour me permettre de vous donner avant la discussion, les éléments de réponse appropriés. Les débats se dérouleront dans les conditions fixées par le règlement de l'Assemblée, et pourront se clore par le vote d'une motion, qui me sera communiquée.

##### b) *Domaine contrôlé – Ordre du jour du Landtag.*

Dans son Article 4, l'Ordonnance 95 prévoyait l'approbation préalable et expresse du Gouvernement Militaire, à la mise en discussion de tous projets, – d'initiative gouvernementale ou parlementaire –, touchant la démilitarisation, la décartellisation, la dénazification, la démocratisation et le maintien de l'ordre public. L'inscription de ces projets à l'ordre du jour n'avait lieu qu'après mon agrément, l'ordre du jour lui-même devant être soumis à mon approbation avant chaque session du Landtag.

Dorénavant, cette approbation expresse et préalable des ordres du jour sera remplacée par leur simple communication, deux jours francs avant la date d'ouverture de la session; à défaut d'observation dans ce délai, la discussion pourra s'ouvrir librement.

##### c) *Promulgation des textes législatifs et réglementaires.* –

Le visa exprès de ces textes, tel qu'il était défini au § C, page 3 de ma lettre No 482<sup>17</sup> sera supprimé et remplacé par une approbation tacite.

Vous me communiquerez les textes dont il s'agit (lois, décrets, arrêtés, règlements et d'une manière générale tous les textes destinés à paraître au Regierungsblatt) suivant la procédure actuellement en vigueur. Je vous en accuserai réception et à défaut d'observation de ma part, dans un délai de 20 jours à partir de cette date, l'approbation sera considérée comme acquise.

L'approbation préalable des circulaires est supprimée. Je vous demanderai toutefois de me les communiquer au moment de leur diffusion.

<sup>17</sup> Siehe Dokument Nr. 2.

## II. – LIBERTES PUBLIQUES. –

Les libertés publiques ont été, depuis le début de l'occupation, restituées progressivement aux populations, dans la mesure compatible avec les nécessités du contrôle de la puissance occupante. Il apparaît aujourd'hui possible d'élargir encore ces libertés, en substituant la déclaration avec droit de veto à l'autorisation préalable.

a) *Associations.* –

Les fondateurs d'une Association effectueront au Gouvernement Militaire local la déclaration et le dépôt des documents prescrits par la législation en vigueur. En règle générale, si dans un délai de 20 jours après ce dépôt, aucune observation ne leur a été transmise, l'Assemblée Constitutive pourra être tenue et l'Association pourra commencer à fonctionner normalement.

Toutefois, dans les cas où il l'estimerait nécessaire, le Gouvernement Militaire pourra déclarer ce délai suspendu jusqu'à ce que communication lui soit faite des décisions de l'Assemblée Constitutive et de la désignation des membres du bureau.

Les mêmes modalités s'appliqueront aux modifications apportées aux statuts des Associations déjà autorisées.

Ces dispositions ne concernent pas les associations de jeunesse et de sport, pour lesquelles la réglementation antérieure demeure en vigueur. Toute modification qui interviendrait dans ce domaine fera l'objet d'un texte particulier.

b) *Syndicats.* –

L'autorisation préalable sera, dans le cadre de la réglementation actuelle remplacée par une simple déclaration. Ces dispositions s'appliqueront aux syndicats et aux unions locales.

c) *Réunions publiques.* –

Seules les réunions sur la voie publique demeureront soumises au régime de l'autorisation expresse et préalable. Les autres feront l'objet d'une simple déclaration au Gouvernement Militaire local, cinq jours avant leur tenue.

## III. – FONCTIONNAIRES. –

a) *Epuration*

Je vous communique, par lettre séparée, les décisions prises par le Général Commandant en Chef Français en Allemagne, pour hâter le règlement définitif de cette question dans un avenir aussi rapproché que possible.

b) *Nomination*

Le Gouvernement Militaire gardera le contrôle de la nomination des fonctionnaires particulièrement importants.

J'accepte toutefois que l'agrément ne soit plus exigé pour un certain nombre de fonctionnaires figurant sur la liste que je vous ai communiquée en annexe à ma lettre No 482:

La nomination des hauts fonctionnaires de l'Administration des Universités, Chefs de section des O.P.D., Arntsärzte, Chefs de service de Transports Routiers et des Ponts et Chaussées des Cercles, Polizeikommissaren, Polizeioberinspektoren, Polizeiinspektoren et Chefs de Corps des Sapeurs-Pompiers, ne sera plus soumise à autorisation.

Je vous adresse, en conséquence, ci-joint, la nouvelle liste limitative.

D'autre part, exception faite pour les professeurs d'Université, les Directeurs et les professeurs d'Ecole Normale, qui continueront à faire l'objet d'un agrément écrit, la procédure d'agrément sera modifiée. Les propositions de nomination me seront soumises, accusé de réception vous en sera donné, et, à défaut

d'objection dans un délai de 15 jours après cette date, l'approbation sera considérée comme acquise.

#### IV. – BUDGETS. –

Le contrôle exercé sur le budget du Land demeure sans changement. Par contre, les budgets des collectivités locales (cercles et municipalités) seront dispensés de l'agrément préalable et soumis à un simple contrôle a posteriori.

#### V. – INFORMATION. –

##### a) *Presse*

Le régime du contrôle a posteriori devient la règle commune et sera étendu à la presse syndicales, aux journaux de jeunesse et aux périodiques.

##### b) *Cinéma*

La Commission de censure des nouveaux films allemands comprendra un représentant désigné par chaque gouvernement de Land. Vous voudrez bien procéder, dès à présent, à la désignation de celui-ci et me communiquer le nom de la personnalité choisie.

##### c) *Édition*

Le régime de l'édition sera notablement assoupli :

La censure préalable de manuscrits, telle qu'elle existe, ne s'appliquera plus qu'aux publications suivantes : manuels scolaires, ouvrages politiques et historiques.

Pour les autres, notamment pour les ouvrages religieux, les ouvrages édités avant 1933, les oeuvres littéraires, les éditeurs présenteront au Gouvernement Militaire Régional un programme d'édition tous les trois mois. Ils recevront, dans la mesure des possibilités, le contingent de papier nécessaire à l'exécution de ce programme. Décidant eux-mêmes de l'impression des ouvrages, ils ne pourront les mettre en vente qu'après dépôt d'un exemplaire et attribution d'un numéro de dépôt légal qui sera reproduit sur chaque exemplaire. Ce numéro ne sera donné qu'après contrôle de l'ouvrage et la sanction sera la saisie et la mise au pilon des ouvrages inacceptables.

##### d) *Centres de documentation.*

Les dirigeants et membres des comités de gestion allemands des centres de documentation sont autorisés à choisir eux-mêmes les livres français dont ils souhaitent l'acquisition.

Ils pourront à cet effet recevoir directement la visite des Commissionnaires des maisons d'édition françaises. Ils devront adresser leurs commandes à la section de l'Information de la Délégation Supérieure, chargée de les acheminer et d'en poursuivre l'exécution et le règlement.

#### VI. – EDUCATION PUBLIQUE. –

La rééducation de la jeunesse demeurant l'un des buts essentiels de notre occupation, le Gouvernement Militaire conserve le contrôle des programmes, celui des manuels et le droit d'initiative législative en matière d'enseignement. Néanmoins, il est décidé à simplifier et à assouplir, dans toute la mesure du possible, les formalités administratives.

Dans le domaine du sport, seules les rencontres entre équipes françaises et allemandes demeurent soumises à autorisation préalable.

Les rencontres sportives amicales allemandes interzones seront libres.

Des instructions ultérieures comportant des assouplissements sensibles sont prévues

en ce qui concerne la constitution des Fédérations Sportives et les manifestations artistiques.

#### VII. – P.T.T. –

Dans ce domaine, de très larges pouvoirs sont transmis aux autorités allemandes, comme conséquence de la création d'un Conseil Supérieur des PTT de la zone doté d'un Secrétariat permanent.

Vous voudrez bien trouver en annexe le détail des mesures prévues.

Je n'ai pas besoin d'indiquer qu'elles ne modifient en rien le régime actuel d'exploitation par les troupes et services d'occupation des réseaux de transmission qui leurs sont propres.

#### VIII. – JUSTICE. –

Les Tribunaux de Gouvernement Militaire feront l'objet d'une réforme dont les principes sont les suivants:

- a) La compétence de ces Tribunaux sera déterminée, non en raison de l'importance de la peine à prononcer, mais en fonction de la qualification de l'infraction.
- b) établissement de l'instruction préparatoire.
- c) garantie de la liberté individuelle par l'obligation de traduire sous les 48 heures les prévenus soit devant un tribunal, en cas de flagrant délit, soit devant le juge d'instruction.

Le contrôle de la Justice Allemande sera assoupli, il sera exercé par les seuls fonctionnaires de la Justice.

#### IX. – PLAN. –

Les autorités allemandes ont déjà été invitées à proposer leurs plans de production industrielle, de répartition et d'exportation.

La création d'un Secrétariat Permanent des Ministres de l'Economie devra intervenir prochainement en vue de leur permettre d'intensifier leur action dans ce domaine au titre des plans de 1949. Les experts allemands ont déjà apporté pour la préparation du Plan Marshall une aide particulièrement appréciée.

#### X. – PRIX. –

Le Comité Allemand Consultatif des prix sera rattaché au Secrétariat Permanent des ministres de l'Economie. Il étudiera sur leur demande ou sur celle de mes services, et compte tenu de mes directives générales, les plafonds maxima de hausses à autoriser par catégories de produits.

Les autorités allemandes régionales détermineront seules, sous réserve de mon veto, à l'intérieur des limites ainsi tracées, les prix légalement autorisés.

#### XI. – FINANCES. –

##### a) *Douanes*

Les „Zollämter“, réorganisés sur une base régionale, seront chargés des travaux d'enquête intérieurs, du contrôle des frontières, sous réserve de certains points de passage auxquels les douaniers français assureront les contrôles d'intérêt français et allié.

##### b) *Contrôle des Biens.*

Il est rappelé que la gestion et la dévolution des biens allemands mis sous contrôle en application de la Loi 52 et des lois du Conseil de Contrôle sont de la compétence des autorités allemandes des Länder.

## XII. – TRAVAUX PUBLICS ET TRANSPORTS. –

a) *Travaux*

Toute administration directe cessera dans ce domaine. Les contrôleurs français se borneront à imposer aux services allemands des Länder, les priorités nécessaires pour les besoins de l'occupation.

b) *Transports routiers.*

Ce service doit relever uniquement de l'administration allemande, à l'exception des régies de transports qui feront l'objet de dispositions ultérieures.

En particulier, la répartition des véhicules et des pneumatiques sera remise entièrement à l'administration allemande des Länder, sous réserve de la satisfaction prioritaire de quelques entreprises travaillant pour les besoins de l'occupation.

c) *Reconstruction.*

Les autorités allemandes seront autorisées à légiférer en matière de reconstruction et pourront établir des plans de reconstruction valables pour l'ensemble du Land en vue d'utiliser au mieux le contingent des matériaux qui leur sont attribués. Ne seront plus réservés [a]ux autorités françaises que les autorisations de travaux de plus de un million de marks.

## XIII. – PRODUCTION INDUSTRIELLE. –

a) *Contingents centralisés.*

Le nombre et l'importance des contingents „centralisés“ de matières premières et de produits finis destinés à l'économie allemande, et qui sont répartis à la diligence des services français centraux, sera progressivement diminué. Les contingents des Länder, augmentés en conséquence, seront effectivement gérés par les autorités régionales allemandes.

Le nombre des produits directeurs, qui font actuellement l'objet d'une répartition par l'administration centrale, par Land et par branche d'industrie, sera considérablement réduit.

b) *Rationnement*

Le rationnement de la population civile en produits industriels sera laissé, dans la limite des contingents attribués à chaque Land, à la disposition des autorités allemandes.

## XIV. – AGRICULTURE – RAVITAILLEMENT. –

Un arrêté supprimera prochainement le comité allemand du Ravitaillement dans sa forme actuelle. Les prérogatives de cet organisme seront transférées au gouvernement allemand. Les Ministres intéressés seront invités à se réunir périodiquement pour régler, aidés de leur secrétariat permanent<sup>18</sup>, les problèmes qui dépassent le cadre du Land. En particulier, ils proposeront mensuellement le taux des rations et le plan d'impositions qui en découle.

<sup>18</sup> Frankreich beabsichtigte, als Gegengewicht zur Bizonenverwaltung im Herbst 1948 eine ähnliche Einrichtung für seine Zone zu schaffen. Das Vorhaben scheiterte allerdings am Widerstand der deutschen Regierungschefs der französischen Zone; vgl. Konstanzer, a. a. O., S. 97f.

Il est rappelé que la charge de répartir les impositions et de collecter les denrées à l'intérieur du Land est une attribution des autorités allemandes, le contrôle français s'exerçant a posteriori ou par sondages.

Par contre, un contrôle étroit de la planification et de la production agricole sera maintenu.

Les autorités allemandes recevront ainsi progressivement les pouvoirs nécessaires en matière de ravitaillement, cette transmission des pouvoirs devant être totale le jour où les accords internationaux le permettront.

Dans le domaine de l'agriculture, sans que le principe du contrôle français soit mis en cause, les autorités allemandes recevront toutes compétences en matière de:

- équipement rural,
- recherches agricoles,
- services vétérinaires et de protection des végétaux,
- formation professionnelle,
- associations et coopératives,
- presse agricole.

Telles sont les mesures qui sont de nature à donner aux autorités allemandes toutes responsabilités compatibles avec la sauvegarde des objectifs principaux de l'occupation.

Des instructions particulières pourront vous être adressées, en vue d'en régler les modalités d'application.

Les procédures déjà engagées, en vue de l'approbation de textes législatifs et réglementaires, ainsi que les demandes d'autorisation d'associations, actuellement en cours d'examen, continueront à être traitées selon les règles antérieurement en vigueur.

Les décisions qui font l'objet de la présente lettre prendront effet à la date du 1er Août 1948.

Toutefois, celles qui seraient contraires aux ordonnances et arrêtés du Gouvernement Militaire parus au Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne n'entreront en vigueur qu'au fur et à mesure de la publication des ordonnances et arrêtés modificatifs<sup>19</sup>.

L'importance de l'ensemble de ces dispositions ne vous échappera pas.

Je suis donc assuré que vous voudrez les porter, le plus tôt possible, à la connaissance des membres du Gouvernement et du Landtag, et inviter les services placés sous votre autorité à en assurer une exacte et loyale application.

gez.: G. Widmer

<sup>19</sup> Unter diesen Vorbehalt fielen die meisten der Ankündigungen.

## ANNEXE I

Liste des fonctionnaires dont la nomination sera soumise  
à l'agrément préalable du Gouvernement Militaire.

ADMINISTRATIONS	FONCTIONNAIRES A AGREER
TOUS LES MINISTÈRES	- Ministerialdirektoren
INTERIEUR	- Ministerialräte
	- Le Commissaire d'Etat aux Réfugiés
	- Le Commissaire d'Etat à la dénazification
	- Les Landräte
	- Le Landesbrandmeister
P.T.T.	- Les Kreisbrandmeister
	- Les Présidents et les Vice-Présidents (ou faisant fonction) des OPD.
EDUCATION PUBLIQUE	- Le personnel enseignant des universités et des établissements d'enseignement supérieur ainsi que les Directeurs et Professeurs d'Ecoles Normales
	- Le Président du Landesarbeitsamt
ECONOMIE	- Le Directeur de l'Office des Prix
	- Les Directeurs ou Chefs des Services
	Energie
	Industrie
	Commerce
	Artisanat
	Répartition
	Statistiques
FINANCES	- Le Président de la Chambre des Comptes
	- Le Président du Conseil d'Administration
	le Directeur Général Adjoint de la Banque Centrale
	- Le Directeur de l'Administration allemande des biens contrôlés
AGRICULTURE	- Les Directeurs des Services de l'Agriculture, du Ravitaillement, des Forêts
TRAVAUX PUBLICS ET TRANSPORTS	- Le Chef du Service des Ponts et Chaussées du Land
	- Le Chef des transports routiers du Land
JUSTICE	- Les Oberlandesgerichtspräsidenten [sic]
	- Les Generalstaatsanwälte
	- Les Oberlandesgerichtsräte
	- Les Landgerichtspräsidenten [sic]
POLICE	- Les Landgericht[s]direktoren
	- Les Oberstaatsanwälte
	- Polizeidirektor (Directeur des Services de Police du Land)
	- Oberregierungsrat
	- Regierungsrat
	- Amtmann

gez. : G. Widmer

*Deutsche Übersetzung*

**Betrifft:** Zuständigkeiten der deutschen Regierungen in der französischen Besatzungszone.

**Bezug:** Mein Schreiben Nr. 482/SAA/JCR/YZ vom 19. 8. 1947.

Durch mein Schreiben, auf das ich Bezug genommen, habe ich Sie die neuen Zuständigkeiten wissen lassen, die den deutschen Regierungen der Länder übertragen waren durch die Erklärung des Oberbefehlshabers in Deutschland vom 9. Juni 1947, die Verordnung Nr. 95 und die Verfügung Nr. 218 des Administrateur Général Adjoint für die Militärregierung der französischen Besatzungszone.

Diese Anweisungen bildeten schon eine fühlbare Erweiterung der Befugnisse der Länder und eine Erleichterung der zuvor von der Militärregierung ausgeübten Kontrolle.

Heute, nach einem Jahr der Tätigkeit der so geschaffenen Einrichtungen, ist beschlossen worden, erneut die Freiheiten und die Befugnisse zu vermehren, die den deutschen Stellen anvertraut sind.

Die Verordnung 95 bleibt immer in ihren wesentlichen Bestimmungen in Kraft als die Charta, die die wechselseitige Zuständigkeit der deutschen und französischen Stellen regelt. Sie soll indessen erweitert und geschmeidiger gemacht werden durch eine gewisse Anzahl von neuen Anordnungen, die den deutschen Regierungen ausgedehntere Vollmachten geben, gleichzeitig ihre Verantwortung vermehren.

Nachstehend werden Sie die Darlegung dieser Maßnahmen finden.

#### I. GESETZGEBUNGS- UND VERORDNUNGSRECHT.

##### a) *Vorbehaltenes Gebiet.*

Die Verordnung 95 hat das Gebiet bestimmt, das den Besatzungsbehörden vorbehalten ist und ich habe es im § 1 Absatz A meines vorgenannten Schreibens genauer ausgeführt.

So wie ich es Sie schon hatte wissen lassen in meinem Schreiben vom 10. Juni 1948, sind die Landtagsabgeordneten nunmehr berechtigt, Anfragen zu stellen über Fragen, die aus diesem Gebiet stammen. Der Text der Anfragen muß im Büro des Landtages mindestens 5 Tage vor dem Datum, das für die Debatte festgesetzt ist, niedergelegt werden; die gestellten Fragen werden unmittelbar zu meiner Kenntnis gebracht durch den Landtagspräsidenten, um mir zu erlauben, Ihnen vor der Aussprache die angemessenen Grundlagen für die Antwort zu geben. Die Debatten werden sich unter den Bedingungen abspielen, die durch die Geschäftsordnung des Landtages festgelegt sind und können beendet werden mit der Annahme eines Antrages, der mir mitgeteilt wird.

##### b) *Kontrolliertes Gebiet – Tagesordnung des Landtages.*

In ihrem Artikel 4 sah die Verordnung 95 die vorherige und ausdrückliche Zustimmung der Militärregierung vor, wenn zur Diskussion gestellt werden sollten alle Anträge – auf Initiative der Regierung oder des Parlamentes –, die sich mit der Entmilitarisierung, mit der Entkartellisierung, der Entnazifizierung, der Demokratisierung und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beschäftigen. Diese Gegenstände konnten nur nach meiner Zustimmung auf die Tagesordnung gesetzt werden, da die Tagesordnung selbst vor jeder Sitzung des Landtages meiner Genehmigung unterworfen werden mußte.

Künftig wird diese ausdrückliche und vorherige Genehmigung der Tagesordnungen durch ihre einfache Mitteilung ersetzt werden, zwei volle Tage vor Beginn der Sitzung; erfolgt in diesem Zeitraum keine Bemerkung, kann die Aussprache frei eröffnet werden.

c) *Bekanntmachung der Gesetzes- und Verordnungstexte.*

Der ausdrückliche Sichtvermerk dieser Texte, wie er im § C Seite 3 meines Schreibens Nr. 482 festgelegt war, wird aufgehoben und durch eine stillschweigende Billigung ersetzt.

Sie teilen mir die Texte, um die es sich handelt (Gesetze, Verordnungen, Anweisungen, Regelungen und allgemein alle Texte, die im Regierungsblatt erscheinen sollen), entsprechend dem zur Zeit in Kraft befindlichen Verfahren mit. Ich werde den Empfang bestätigen und falls in einem Zeitpunkt von 20 Tagen meinerseits keine Bemerkung erfolgt, kann die Genehmigung als erteilt angesehen werden. Die vorherige Genehmigung der Runderlasse wird aufgehoben. Ich bitte Sie jedoch, Sie mir im Augenblick ihrer Verteilung mitzuteilen.

## II. - ALLGEMEINE FREIHEITEN.

Die allgemeinen Freiheiten sind seit Beginn der Besetzung der Bevölkerung schrittweise zurückgegeben worden in dem Maße, wie es mit den Notwendigkeiten der Kontrolle der Besatzungsmacht vereinbar war. Es erscheint heute möglich, diese Freiheiten noch zu erweitern und das Verbotrecht zu ersetzen durch die vorherige Genehmigung.

a) *Vereinigungen.*

Die Gründer einer Vereinigung übersenden der örtlichen Militärregierung die Erklärung und hinterlegen die von den gültigen Gesetzen vorgeschriebenen Urkunden. Im allgemeinen kann, wenn in einem Zeitraum von 20 Tagen nach dieser Hinterlegung ihnen keine Bemerkung übermittelt worden ist, die Gründungsversammlung abgehalten werden und die Vereinigung ihre Arbeit aufnehmen.

Jedoch kann die Militärregierung in den Fällen, in denen sie es für nötig hält, diese Frist für außer Kraft gesetzt erklären, bis ihr die Entschließungen der Gründungsversammlung und die Ernennung der Vorstandsmitglieder mitgeteilt worden sind.

Die gleichen Förmlichkeiten sind anzuwenden bei Satzungsänderungen von bereits genehmigten Vereinigungen.

Diese Anweisungen betreffen nicht die Jugend- und Sportvereinigungen, für die die bisherige Regelung in Kraft bleibt. Jede Änderung, die auf diesem Gebiet eintreten sollte, wird den Gegenstand eines besonderen Textes bilden.

b) *Gewerkschaften.*

Die vorherige Genehmigung wird im Rahmen der gegenwärtigen Regelung ersetzt durch eine einfache Erklärung. Diese Anweisungen werden auf Gewerkschaften und örtliche Zusammenschlüsse angewandt.

c) *Öffentliche Versammlungen.*

Allein die Versammlungen auf öffentlichen Straßen bleiben der ausdrücklichen und vorherigen Genehmigung unterworfen. Die anderen Versammlungen unterliegen einer einfachen Anzeige an die örtliche Militärregierung, 5 Tage, bevor sie abgehalten werden.

## III. - BEAMTE.

a) *Säuberung.*

Ich teile Ihnen in einem besonderen Schreiben die Entscheidungen mit, die von dem französischen Oberbefehlshaber in Deutschland getroffen sind, um die endgültige Regelung dieser Frage in einer möglichst nahen Zukunft zu beschleunigen.

b) *Ernennung.*

Die Militärregierung behält die Kontrolle der Ernennung von besonders wichtigen Beamten.

Ich nehme jedoch an, daß die Zustimmung nicht mehr erforderlich ist für eine gewisse Anzahl von Beamten, die in der Liste aufgeführt ist, die ich als Anhang zu meinem Schreiben Nr. 482 Ihnen mitgeteilt habe.

Die Ernennung von hohen Beamten der Verwaltung der Universitäten, der Abteilungsvorstände der Oberpostdirektionen, der Amtsärzte, der Leiter der Straßenverkehrsdienste und der Brücken und Landstraßen der Kreise, der Polizeikommissare, der Polizeioberinspektoren, der Polizeiinspektoren und Leiter der Feuerwehren ist nicht mehr der Genehmigung unterworfen.

Ich übersende Ihnen daher anliegend die neue einschränkende Liste. Andererseits werden ausgenommen die Universitätsprofessoren, die Direktoren und Studienräte der höheren Schulen, die weiterhin einer schriftlichen Zustimmung bedürfen. Das Zustimmungsverfahren wird abgeändert. Die Ernennungsvorschläge werden mir unterbreitet, eine Empfangsbestätigung wird Ihnen gegeben, und wenn nicht innerhalb eines Zeitraums von 15 Tagen eine Bemerkung gebracht wird, kann die Zustimmung als erteilt angesehen werden.

## IV. – BUDGET.

Die Kontrolle, die über das Budget des Landes ausgeübt wird, bleibt unverändert. Dagegen werden die Budgets der örtlichen Körperschaften (Kreise und Gemeinden) von der vorherigen Zustimmung befreit und einer einfachen nachträglichen Kontrolle unterworfen.

## V. – BILDUNG DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG.

a) *Presse.*

Das System der nachträglichen Kontrolle wird die allgemeine Regel und wird auf die Gewerkschaftspresse, Jugendzeitungen und Zeitschriften ausgedehnt.

b) *Kino.*

Die Zensurstelle der neuen deutschen Filme wird einen Vertreter aufnehmen, der von jeder Regierung des Landes ernannt wird. Sie werden schon jetzt zu der Ernennung desselben schreiten und mir den Namen der gewählten Person mitteilen.

c) *Verlagswesen.*

Die Überwachung der Verlage wird bedeutend geschmeidiger gestaltet:

Die bestehende vorherige Zensur von Manuskripten wird nur noch auf folgende Veröffentlichungen angewandt werden: Schulhandbücher, politische und historische Werke.

Für die anderen Bücher, besonders für die religiösen Werke, die vor 1933 herausgegebenen Werke, die literarischen Arbeiten reichen die Verleger der regionalen Militärregierung ein Programm dessen, was sie herausgeben wollen, alle drei Monate ein. Sie erhalten im Rahmen des Möglichen das erforderliche Papierkontingent, um das Programm durchzuführen. Sie entscheiden selbst über den Druck der Werke. Sie können sie erst zum Verkauf bringen, wenn sie ein Exemplar hinterlegt haben und ihnen eine gesetzliche Hinterlegungsnummer zugeteilt ist, die in jedes Exemplar aufgenommen werden muß. Diese Nummer wird erst nach Kontrolle des Werkes gegeben. Die Strafmaßnahme ist die Beschlagnahme und das Einstampfen der Werke, die nicht angenommen werden können.

d) *Büchereien.*

Die Leiter und Mitglieder der Verwaltungsausschüsse der Büchereien, wenn sie Deutsche sind, sind berechtigt, selbst die französischen Bücher auszusuchen, die sie erwerben möchten. Sie können zu diesem Zweck den Besuch von Beauftragten der französischen Verlagshäuser empfangen. Sie müssen ihre Aufträge an die Informationsabteilung der Obersten Behörde richten, die beauftragt wird, die Waren zu befördern und anschließend die Durchführung und Abrechnung zu übernehmen.

## VI. – ÖFFENTLICHE ERZIEHUNG.

Die Umerziehung der Jugend bleibt eines der wesentlichen Ziele unserer Besatzung. Die Militärregierung behält die Kontrolle der Programme, diejenige der Handbücher und das Recht der gesetzgeberischen Initiative auf dem Gebiete des Unterrichts. Trotzdem ist sie entschlossen, in jedem möglichen Umfange die Verwaltungsformalitäten zu vereinfachen und geschmeidiger zu gestalten.

Auf dem Gebiete des Sports bleiben allein Begegnungen zwischen französischen und deutschen Mannschaften der vorherigen Genehmigung unterworfen.

Die interzonalen deutschen freundschaftlichen Sportveranstaltungen werden frei.

Weitere Verhaltensanweisungen, die fühlbare Erleichterungen vorsehen, sind geplant hinsichtlich der Gründung von Sportverbänden und artistischen Darbietungen.

## VII. – POST.

Auf diesem Gebiet sind sehr große Vollmachten auf die deutschen Behörden übertragen worden als Folge der Schaffung eines Obersten Rates der Post der Zone, der mit einem ständigen Sekretariat ausgestattet ist.

Sie werden in der Anlage die Einzelheiten der vorgesehenen Maßnahmen finden.

Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß sie in keiner Weise den gegenwärtigen Zustand der Benutzung der Fernmeldeleitungen durch die Truppen und Dienstzweige der Besatzung abändern, die ihnen zugewiesen sind.

## VIII. – RECHTSPFLEGE.

Die Gerichte der Militärregierung werden nach folgenden Grundsätzen reformiert:

- a) Die Zuständigkeit dieser Gerichte wird begrenzt, nicht hinsichtlich der Höhe der zu verhängenden Strafen, aber bezüglich der Beurteilung der Straftat.
- b) Einführung der Voruntersuchung.
- c) Garantie der persönlichen Freiheit durch die Verpflichtung, innerhalb von 48 Stunden die Beschuldigten entweder dem Gericht, wenn die Straftat klar zu Tage liegt, oder dem Untersuchungsrichter vorzuführen.

## IX. – PLANUNG.

Die deutschen Behörden sind bereits aufgefordert worden, ihre Pläne über die industrielle Produktion, über die Verteilung und über die Ausfuhr vorzutragen.

Die Schaffung eines ständigen Sekretariats der Wirtschaftsminister wird nächstens vermittelnd eintreten in der Absicht, ihnen zu gestatten, ihre Mitwirkung auf diesem Gebiet im Hinblick auf die Planungen für 1949 zu verstärken. Die deutschen Sachverständigen haben bereits für die Vorbereitung des Marshallplanes eine besonders wertvolle Hilfe geleistet.

## X. – PREISE.

Der deutsche beratende Ausschuß für Preise wird dem Ständigen Sekretariat der

Wirtschaftsminister angeschlossen. Er untersucht auf deren Bitte oder auf die Bitte meiner Dienstzweige, unter Berücksichtigung meiner allgemeinen Richtlinien, die Höchstgrenzen der Preissteigerungen, die mit Gesetzeskraft für die einzelnen Gruppen der Erzeugnisse festgesetzt werden können.

Die deutschen regionalen Behörden bestimmen allein, unter Vorbehalt meines Vetos, innerhalb der so gezogenen Grenzen, die gesetzlich zugelassenen Preise.

#### XI. – FINANZEN.

##### a) Zölle.

Die Zollämter, die auf regionaler Basis wieder errichtet sind, werden mit den Nachprüfungen im Innern und mit der Kontrolle der Grenzen beauftragt. Vorbehalten sind gewisse Übergangspunkte, an denen französische Zollbeamte die Grenze sichern aus französischem und alliiertem Interesse.

##### b) Vermögenskontrolle.

Es wird daran erinnert, daß die Verwaltung und Einziehung von deutschen Vermögen, die in Anwendung des Gesetzes Nr. 52 und der Gesetze des Kontrollrates unter Kontrolle gestellt sind, zur Zuständigkeit der deutschen Behörden der Länder gehören.

#### XII. – ÖFFENTLICHE ARBEITEN UND VERKEHR.

##### a) Arbeiten.

Jede unmittelbare Verwaltung hört auf diesem Gebiet auf. Die französischen Kontrolleure beschränken sich darauf, den deutschen Dienstzweigen der Länder Auflagen zu machen hinsichtlich der Vorränge, die für die Bedürfnisse der Besatzung notwendig sind.

##### b) Straßenverkehr.

Dieser Dienstzweig soll allein von der deutschen Verwaltung abhängig sein, mit Ausnahme der Lenkung von Transporten, die den Gegenstand späterer Anweisungen bilden.

Im besonderen wird die Verteilung der Fahrzeuge und der Reifen gänzlich der deutschen Verwaltung der Länder überlassen, unter Vorbehalt der vorrangigen Befriedigung einiger Unternehmen, die für die Bedürfnisse der Besatzung arbeiten.

##### c) Wiederaufbau.

Die deutschen Behörden sind berechtigt, auf dem Gebiet des Wiederaufbaus Gesetze zu erlassen, und sie können für das ganze Land gültige Wiederaufbaupläne aufstellen, um den Vorrat an Materialien am besten auszunutzen, die ihnen zugeteilt sind. Den französischen Behörden ist nur noch die Genehmigung von Arbeiten von über einer Million Mark vorbehalten.

#### XIII. – INDUSTRIELLE PRODUKTION.

##### a) Zentralisierte Kontingente

Die Zahl und die Bedeutung der „zentralisierten“ Kontingente an Rohstoffen und Fertigprodukten, die für die deutsche Wirtschaft bestimmt und die mit Sorgfalt von den zentralen französischen Dienststellen verteilt werden, wird nach und nach abnehmen. Die Kontingente der Länder, die folglich vermehrt werden, werden wirkungsvoll von den regionalen deutschen Behörden verwaltet werden.

Die Zahl der Grundstoffe, die augenblicklich den Gegenstand einer Verteilung durch die zentrale [französische] Verwaltung nach Land und Industriezweig bilden, wird erheblich vermindert.

## b) Verteilung.

Die Verteilung von Industrieprodukten an die Zivilbevölkerung wird, im Rahmen der jedem Land zugewiesenen Kontingente, den deutschen Behörden überlassen werden.

## XIV. – LANDWIRTSCHAFT – ERNÄHRUNG.

Ein Erlaß wird demnächst den deutschen Ausschuß für Ernährung aufheben in seiner gegenwärtigen Form. Die Vorrechte dieser Organisation werden auf die deutsche Regierung übertragen. Die in Frage kommenden Minister werden aufgefordert, sich in bestimmten Zeiträumen zusammenzufinden, um, unterstützt von ihrem Ständigen Sekretariat, die Probleme zu regeln, die über den Rahmen des Landes hinausgehen. Im besonderen werden sie monatlich die Menge der Rationen und den Plan der Aufbringung, der sich daraus ergibt, vorschlagen.

Es wird daran erinnert, daß die Aufgabe, die Lieferpflichten zu verteilen und die Lebensmittel einzusammeln, eine Befugnis der deutschen Behörden ist. Die französische Kontrolle wird nur nachträglich und in Stichproben durchgeführt.

Dagegen bleibt eine strenge Kontrolle der landwirtschaftlichen Planung und der landwirtschaftlichen Erzeugung aufrechterhalten.

Die deutschen Behörden werden so schrittweise die nötigen Vollmachten auf dem Gebiete der Ernährung erhalten. Diese Übertragung der Vollmachten soll eine vollständige werden an dem Tage, an dem die internationalen Vereinbarungen es gestatten.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft erhalten die deutschen Behörden, ohne daß der Grundsatz der französischen Kontrolle beeinträchtigt wird, alle Zuständigkeit auf dem Gebiete:

der landwirtschaftlichen Ausstattung,  
landwirtschaftlicher Nachforschungen,  
der tierärztlichen Aufgaben und des Pflanzenschutzes,  
der berufsständischen Gliederung,  
der Vereinigungen und Genossenschaften,  
der landwirtschaftlichen Presse.

Dies sind die Maßnahmen, die ihrer Natur nach den deutschen Behörden alle Verantwortung geben, die mit dem Schutz der hauptsächlichen Gegenstände der Besatzung vereinbar ist.

Besondere Anweisungen werden ihnen zugeleitet werden, um die Modalitäten der Anwendung zu regeln.

Schon anhängige Verfahren hinsichtlich der Billigung von Gesetzes- und Ausführungstexten sowie Gesuche um Genehmigung von Vereinigungen werden weiterhin nach den früher in Kraft befindlichen Bestimmungen bearbeitet.

Die Entscheidungen, die den Gegenstand des vorliegenden Schreibens bilden, treten am 1. August 1948 in Kraft.

Jedoch treten diejenigen, die im Widerspruch ständen zu den Verordnungen und Verfügungen der Militärregierung, die im Amtsblatt des französischen Oberkommandierenden in Deutschland erschienen sind, erst in Kraft nach Maßgabe der Veröffentlichung abändernder Verordnungen und Verfügungen.

Die Wichtigkeit der Gesamtheit dieser Anordnungen wird Ihnen nicht entgehen.

Ich bin daher sicher, daß Sie sie so bald wie möglich zur Kenntnis der Mitglieder der Regierung und des Landtages bringen werden und die unter Ihrer Leitung stehenden Dienstzweige auffordern, ihre genaue und gesetzzetreue Anwendung zu sichern.

gez.: G. Widmer

## ANLAGE I

VERWALTUNGEN	BEAMTE, DIE DER ZUSTIMMUNG BEDÜRFFEN
ALLE MINISTERIEN INNERES	Ministerialdirektoren, Ministerialräte Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, Staatskommissar für die Entnazifizierung, die Landräte, der Landesbrandmeister, die Kreisbrandmeister
POST	Die Präsidenten und die Vizepräsidenten (oder die ihre Stellung einnehmen) der Oberpostdirektionen
ÖFFENTLICH ERZIEHUNG	Das Personal, das an Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen unterrichtet, sowie die Direktoren und Studienräte an höheren Schulen
WIRTSCHAFT	Der Direktor des Amtes für Preise, die Direktoren oder Leiter der Dienstzweige Energie, Industrie, Handel, Handwerk, Verteilung, Statistik
FINANZEN	Der Präsident der Rechnungskammer, der Präsident des Verwaltungsrates, der stellvertretende Generaldirektor der Zentralbank, der Direktor der deutschen Verwaltung der kontrollierten Vermögen
LANDWIRTSCHAFT	Die Direktoren der Dienstzweige Landwirtschaft, Ernährung und Forsten
ÖFFENTLICHE ARBEITEN UND VERKEHR	Der Leiter des Dienstzweiges Brücken und Landstraßen des Landes, der Leiter des Straßenverkehrs des Landes
RECHTSPFLEGE	Die Oberlandesgerichtspräsidenten, die Generalstaatsanwälte, die Oberlandesgerichtsräte, die Landgerichtspräsidenten, die Landgerichtsdirektoren, die Oberstaatsanwälte
POLIZEI	Polizeidirektor (Leiter der Dienstzweige der Polizei des Landes), Oberregierungsrat, Regierungsrat, Amtmann.

gez.: G. Widmer